

AUSGABE VOM 10. MÄRZ 2017

Anstieg von Sexualdelikten in NRW

Kurz vor der Landtagswahl hat SPD-Innenminister Jäger zum ersten Mal in seiner siebenjährigen Amtszeit eine Kriminalstatistik vorgelegt. Erschreckend: Die Anzahl der Sexualstraftaten in NRW ist 2016 massiv, nämlich um fast 25 Prozent gestiegen. Auch Gewalt- und Jugendkriminalität nahmen zu. Letztere ist zum ersten Mal seit 2008 wieder gestiegen. Trotz zahlenmäßiger Verringerung bei den Wohnungseinbrüchen bleibt NRW nach wie vor Einbruchsland Nummer eins in Deutschland!

MdB Möring: „Die Statistik ist ein Dokument des Scheiterns rot-grüner Innenpolitik. Auch wenn SPD-Kandidat Schulz abzulenken versucht: Vier der fünf unsichersten Bundesländer werden von der SPD geführt. Hooligan-Krawalle, Silvesternacht in Köln, Einbrüche und geringe Aufklärungsquote - eine miese Bilanz von Rot-Grün!“

Berlin / Ankara: Tiefe Differenzen und enge Verflechtungen

Als „traurig und deprimierend“ bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag die Äußerungen, mit denen türkische Regierungsmitglieder und auch der türkische Präsident die Bundesrepublik in die Nähe der NS-Diktatur gerückt hatten: „Das ist so deplatziert, dass man es eigentlich ernsthaft gar nicht kommentieren kann“, stellte Merkel klar. Zu rechtfertigen sei dies „schon überhaupt gar nicht“, auch nicht mit einem Wahlkampf zur Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei.



[Regierungserklärung](#) zum Europäischen Rat: Deutlich verurteilte Kanzlerin Merkel am Donnerstag im Bundestag die Nazi-Vergleiche türkischer Regierungsmitglieder. [Bundestagspräsident Lammert](#) warnte zum Auftakt der Bundestagsitzung die Türkei vor der "Entwicklung zu einem zunehmend autokratischen Staat" (Foto: Bundesregierung)

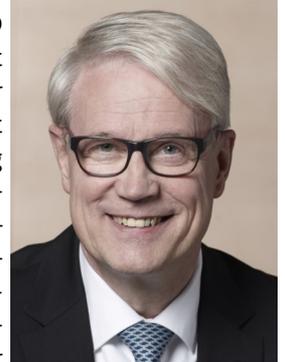
ring klar. Wer Deutschland als faschistisch beschimpfe sei hier unerwünscht. Je mehr sich Ankara zu absurden Anschuldigungen versteige, desto weniger sollte Deutschland auf derartige Provokationen reagieren. Diese sind kalkuliert, damit Erdogan in aufgeheizter Atmosphäre mehr Zustimmung zu seinen Plänen für ein Präsidialsystem findet. Den Gefallen sollten wir ihm nicht tun. Die Türkei ist zum Glück nicht gleich Erdogan. Es gibt viele Bindungen und Freundschaften zwischen Deutschen und Türken. Mir ist am inneren Frieden in Köln und in unserem Land gelegen“, so der Kölner CDU-Politiker. (Mehr zum Thema Türkei auf der [Homepage](#) und in [Facebook](#))

Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring sind Auftritte türkischer Politiker in Deutschland grundsätzlich vom Grundsatz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gedeckt. Pikantes Detail: Wahlkampfauftritte im Ausland und in diplomatischen Vertretungen außerhalb der Türkei verstoßen explizit gegen das türkische Wahlgesetz, das die Regierungspartei AKP selbst 2008 eingeführt hatte.

„Es geht zudem nicht an, unter falscher Flagge Versammlungsstätten anzumieten, wie kürzlich in Köln-Porz geschehen, und sich dann zu beschweren, wenn der Vermieter unter diesen Umständen nicht bereit ist, einen Saal zur Verfügung zu stellen“, stellt Möring klar.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Grüne und SPD blockieren seit fast einem Jahr im Bundesrat die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer. Auf Antrag Bayerns befasste sich der Bundesrat am Freitag erneut mit dem Thema. Und wieder haben die rot-grün regierten Länder abgelehnt - auch NRW!



Es ist dieselbe Regierung Kraft, die nach den Kölner Ereignissen von 2016 mit Blick auf Migranten aus Nordafrika von einer „Problemklientel“ gesprochen und den anderen Bundesländern erklärt hatte, man werde keine Asylbewerber aus diesen Ländern mehr unterbringen. Das ist schon bizarr, denn die Anerkennungsquoten bei Asylbewerbern aus diesen Ländern liegen deutlich unter 2 Prozent.

Es muss alles dafür getan werden, dass keine weiteren Migranten maghrebischer Herkunft unter dem Deckmantel der Asylsuche nach Deutschland einreisen und der Aufenthalt derjenigen, die bereits in Deutschland sind, darf sich nicht verfestigen. Zur Wahrheit gehört in Zusammenhang mit Asylbewerbern aus dem Maghreb leider, dass sie in Deutschland überproportional an Straftaten beteiligt sind.

Dass SPD und Grüne dies Gesetz scheitern lassen, sollte der Wähler nicht vergessen. Wir als CDU werden dieses Thema bei den kommenden Wahlen zur Abstimmung stellen. Mehr dazu im [Faktencheck Sichere Herkunftsländer](#).

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Änderung des Waffenrechts

Der Bundestag hat diese Woche Änderungen des Waffen- und Beschussgesetzes und der Allgemeinen Waffengesetzverordnung beraten. Überholte Vorgaben zur Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition bedürfen der Überarbeitung. Das Sicherheitsniveau soll angehoben und an aktuelle technische Standards angepasst werden. Um die Zahl illegal zirkulierender Waffen zu verringern, plant die Bundesregierung eine befristete Strafverzichtsregelung.

Befürchtungen haben Überlegungen zur Änderung der Aufbewahrungsvorschriften ausgelöst, ob all diejenigen Waffenschränke auszutauschen seien, die lediglich die alte Norm mit den Sicherheitsstufen A und B erfüllten. Hier hat die Union aber gleich zu Beginn der Vorbereitung des Gesetzentwurfs erreicht, dass für bereits vorhandene Waffenschränke ein umfassender Bestandsschutz vorgesehen wird.

„Mein Ziel ist, bei aller notwendigen Verbesserung der Sicherheit ungerechtfertigte Belastungen für Sportschützen, Jäger und Waffensammler in Köln zu verhindern. Ich halte die Änderungen für vertretbar, zumal ansonsten ein umfassender Bestandsschutz durchgesetzt werden konnte“, so MdB Möring.

Neuordnung der Klärschlammverwertung



Der Bundestag hat am Donnerstag für einen Verordnungsentwurf gestimmt, der die Verwertung von Klärschlamm als Ackerdünger reduziert, da mit den Klärschlämmen auch Schadstoffe auf die Felder gelangen. Außerdem soll der für Pflanzendüngung zwingend notwendige Phosphor aus dem Schlamm zurückgewonnen werden. Für die Pflicht zur Phosphorrückgewinnung sind längere Übergangszeiten vorgesehen, in denen sich die Kläranlagen auf die neuen Anforderungen vorbereiten können.

Karsten Möring betonte [in seiner Rede](#), dass trotz einiger Zielkonflikte ein guter Kompromiss und damit Rechtssicherheit gefunden sei. Die noch offenen Fragen müssten nun die Länder klären. (Foto: privat)

Stickoxid: „Blaue Plakette – mit mir nicht zu machen“

Ein Fachgespräch zur Luftbelastung durch Stickoxide in Ballungsräumen hat am Mittwoch im Umweltausschuss wichtige Handlungsoptionen für die Reduzierung der Stickoxidbelastungen in Ballungsräumen beleuchtet. Deutlich wurde: Luftreinhaltung in den Städten ist nur mittelfristig und mit einem umfassenden Maßnahmenbündel zu gewährleisten. Zudem wurden interessante Optionen zur Reduzierung der Stickoxide durch



Zuständiger Berichterstatter der Union im Umweltausschuss: MdB Karsten Möring befragt am Mittwoch die Experten beim Fachgespräch zur „Stickoxid“-Problematik (Foto: privat)

neuartige Baustoffe vorgestellt. Die notwendigen umweltpolitischen Fortschritte sind sozial verträglich nur mit einem Maßnahmenbündel aus technischen Innovationen an den Fahrzeugen, einer Verbesserung des ÖPNV-Angebotes mit modernen, schadstoffarmen Fahrzeugen, und neuen Mobilitätskonzepten möglich.

„Ich lehne Fahrverbote oder eine City-Maut für Köln ab! Damit würden Autofahrer bestraft, die in gutem Glauben ihre Dieselfahrzeuge gekauft haben, die zudem wegen ihrer geringeren CO₂-Emissionen auch klimafreundlicher sind. Statt den DieselpKW zu verteufeln und die Bürger mit der Drohung einer „Blauen Plakette“ zu verunsichern, werden wir auf mehr Optionen für die Schadstoffminderung drängen, die für sehr unterschiedliche Situationen in den Kommunen anwendbar sind“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 4/2017
10. März 2017

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter